

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Europäische Differenzen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1989) : Europäische Differenzen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 3, pp. 116-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136492>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mit ihrem Programm zur Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992 strebt die EG bekanntermaßen an, einen die ganze Gemeinschaft umfassenden, voll integrierten Wirtschaftsraum als Vorbedingung „für weiter andauernden Wohlstand in allen Mitgliedstaaten“ (Lord Cockfield) zu schaffen. Durch die Beseitigung aller Schranken, welche die Freizügigkeit von Personen und den freien Verkehr von Gütern, Dienstleistungen und Kapital behindern, soll Europa in die Lage versetzt werden, seine „gemeinsamen Ressourcen“ wirkungsvoll zu nutzen und vor allem durch eine bessere Allokation der Produktionsfaktoren ein höheres Wachstum zu erreichen und zusätzliche Arbeitsplätze in Millionenhöhe zu schaffen – eine Hoffnung, zu der der bekannte Cecchini-Bericht über die Kosten eines Nicht-Europa sehr beigetragen hat.

Über die Fragen freilich, ob und wie schnell über diese – etwas vereinfacht ausgedrückt – Wirtschaftsunion hinausgegangen werden soll, das heißt, ob sie eine „Hauptantriebskraft für eine Europäische Union“ darstellen soll (Jacques Delors), scheinen unter den zwölf Mitgliedstaaten Differenzen zu bestehen. Dies gilt ganz offensichtlich für die Rolle des EWS und seine Weiterentwicklung zu einer Währungsunion, noch mehr freilich für die vielfältigen Aspekte, die sich hinter der Bezeichnung „soziale Dimension“ oder „Sozialraum Europa“ verbergen.

An der mangelnden Bereitschaft Mrs. Thatchers zum Beispiel, dem Gedanken eines Beitritts Großbritanniens zum EWS näherzutreten oder gar dem einer Währungsunion, scheint sich auch nach ihrem Besuch bei der Deutschen Bundesbank in Frankfurt nichts geändert zu haben. Sicherlich spielt neben politischen Erwägungen – Stichwort: Dominanz der D-Mark – hierbei die Überlegung eine Rolle, daß der nationale wirtschaftspolitische Spielraum tendenziell um so geringer



Otto G. Mayer

Europäische Differenzen

wird, je fixierter der Wechselkurs ist. Mit anderen Worten, die binnenwirtschaftlichen Anpassungsprobleme aufgrund außenwirtschaftlicher Restriktionen würden dann schneller spürbar werden. Hinzu kommt ihre grundsätzliche Abneigung gegen einen „Brüsseler Zentralismus“, wie sie sehr deutlich in ihrer Brügger Rede zum Ausdruck kam.

Rückendeckung bekommt die britische Premierministerin von einer Gruppe bekannter britischer Ökonomen – der sogenannten „Bruges-Group“ –, deren Haltung kurz mit „für Freihandel, gegen politischen Zusammenschluß“ umschrieben werden kann. Dahinter steht die Furcht, daß die britischen Erfolge gegen „gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Kollektivismus“ hinfällig werden und der „Kollektivismus“ mit Hilfe Brüsseler Richtlinien bald wieder fröhliche Urstände feiern könnte.

Es ist daher kaum verwunderlich, daß neuerdings auch im Bereich des Sozialen auf europäischer Ebene starke britische Akzente zu finden sind. Die grundsätzlichen Vorbehalte gegen soziale Regelungen auf Gemeinschaftsebene kamen in einem Anteil von allein 14 britischen an den gesamten 22 Gegenstimmen zu der Stellungnahme des EG-Wirtschafts- und Sozialaus-

schusses zu den sozialen Grundrechten in der EG zum Ausdruck, wobei sich diese Stimmen gegen eine schon abgeschwächte Stellungnahme richteten. Die Intention der EG-Kommission und auch deutscher Gewerkschaften ging an sich in Richtung auf Empfehlungen zugunsten einer EG-Richtlinie mit Gesetzescharakter, die unter anderem auch individuell einklagbare Regelungen ermöglicht hätte, zum Beispiel gegen eine „Verschlechterung der Arbeitsbedingungen“.

Unabhängig von der Wünschbarkeit oder Problematik einzelner Bestimmungen einer europäischen Sozialcharta kommen in solchen Forderungen bzw. Ablehnungen einerseits Befürchtungen gerade reicherer Nationen gegenüber einem sogenannten „sozialen Dumping“ der ärmeren Länder zum Ausdruck. Andererseits fürchtet man einen Verlust an sozialer Eigenständigkeit durch einen europäischen Interventionismus. Dies hieße nämlich, daß bei möglichen Konflikten zwischen sozial- und wirtschaftspolitischen Zielen keine Abwägung mehr auf nationaler Ebene vorgenommen werden könnte.

Derartige Konflikte können freilich auch auf europäischer Ebene auftreten. Je höher ein vereinheitlichtes Sozialniveau angesetzt würde, desto problematischer würde das Streben nach festen Wechselkursen angesichts der doch sehr unterschiedlichen regionalen Wohlstandsniveaus im Europa der Zwölf. Je höher das Harmonisierungsniveau und je starrer das Wechselkurssystem, um so stärker dürfte der Bedarf oder zumindest der Ruf nach massiven Ressourcentransfers (Stichwort: Strukturfonds) in die benachteiligten Regionen werden. Der „Sozialraum Europa“ gewönne dann in der Tat eine neue Dimension – ob freilich eine wirklich wünschenswerte, dürfte nicht nur von Briten bezweifelt werden.